

Investmentfonds: Gebühren fressen Rendite auf [01.12.09]

Von Wolf Brandes

Deutsche Anleger verschenken bei ihren Investments durch Ausgabeaufschlag und Provisionen unnötig Geld. Dabei gibt es genügend Möglichkeiten, Kosten zu sparen. Eine Alternative sind günstige ETFs-Indexfonds.

Ein Prozent hier, anderthalb Prozent da - die Gebühren bei Investmentfonds klingen auf den ersten Blick nicht dramatisch. In der Summe geht es jedoch um Milliarden von Euro, die Sparer hierzulande für den Kauf und die Verwaltung zahlen - und zwar oft zu viel zahlen. Das hat inzwischen auch die Politik erkannt. "Keinesfalls dürfen Profit und Provisionen dazu führen, dass Qualität, Seriosität und die Achtung des Kundenwunsches auf der Strecke bleiben", mahnte vor kurzem die für den Anlegerschutz zuständig Ministerin Ilse Aigner.

Schätzungsweise 27,8 Milliarden Euro geben die Deutschen pro Jahr für Kauf, Verkauf und Verwaltung von Investmentfonds, Wertpapieren und Versicherungen aus. Pro Kopf entspricht das einer Summe von 340 Euro. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Beratungsunternehmens CapQM, die sich auf Zahlen aus dem Jahr 2007 stützt.

"Die deutschen Privathaushalte geben damit mehr Geld für Kapitalanlagekosten aus als für das Grundnahrungsmittel Brot", sagt Volker Schmitz, Geschäftsführer von CapQM. Ausgabeaufschläge und Verwaltungskosten für Investmentfonds sind besonders große Kostenblöcke: Die Gebühren und Provisionen summieren sich bei Fonds auf 9,2 Milliarden Euro und entsprechen damit rund 1,3 Prozent des in Publikumsfonds angelegten Vermögens.

Ausgabeaufschlag ist langfristig günstiger als die Verwaltungsgebühr

"Das bedeutet, dass bei einer Bandbreite der Rendite von vier bis sechs Prozent vor Kosten bis zu 35 Prozent des jährlichen Ertrags der privaten Anleger an Finanzdienstleister gehen", verdeutlicht Schmitz - bis zu einem Drittel der Erträge gehen demnach als Kosten weg. Was an Gebühren bei Bank und Fondsgesellschaft hängen bleibt, kann keinen Wertzuwachs erzielen. Wer 20.000 Euro investiert und bei Aktienfonds einen Ausgabeaufschlag von fünf Prozent zahlt, hat auf einen Schlag 1000 Euro verloren.

Die Gebühren durch eine höhere Rendite hereinzuholen ist schwierig - einfacher ist es, die Kosten in den Griff zu bekommen. Je nach Anlagevolumen lässt sich viel sparen, wenn eine günstige Anlageform gewählt wird. An einfachen Rechenbeispielen lässt sich erkennen, wie unterschiedlich Abschlussgebühren auf der einen Seite und laufende Kosten auf der anderen Seite wirken. Der einmalige Ausgabeaufschlag bei Investmentfonds drückt die Rendite dabei weniger als die laufende Verwaltungsgebühr.

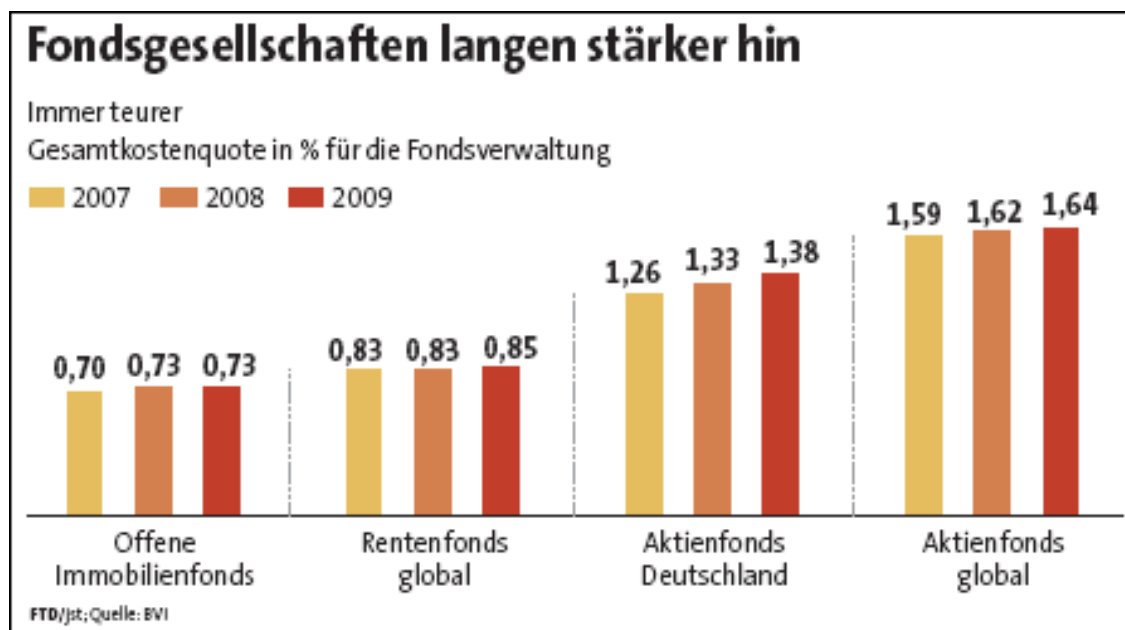
Einmalkosten am Anfang verringern zwar den Zinseszineffekt, doch auf lange Jahre gesehen verlieren sie an Bedeutung. Angenommen, ein Anleger spart 35 Jahre lang 100 Euro pro Monat bei fünf Prozent Zinsen; das macht eine Einzahlung von 42.000 Euro. Mit Zins und Zinseszins kämen dabei ohne Kosten 111.320 Euro zusammen. Wenn ein Ausgabeaufschlag von fünf Prozent verlangt wird, sind es noch 108.080 Euro. Die Kosten beim Kauf reduzieren den Wertzuwachs pro Jahr damit auf 4,9 Prozent.

Ausgabeaufschlag häufig verhandelbar

Wenn dazu noch 1,5 Prozent Verwaltungskosten jährlich einbehalten werden und damit der Wertzuwachs des effektiv investierten Geldes auf 3,5 Prozent gedrückt wird, bleiben lediglich 79.151 Euro. Fast die Hälfte des möglichen Gewinns fressen in dem Beispiel die Kosten auf. Umgerechnet in Prozent beträgt die Rendite nach Kosten in dem Fall nicht fünf Prozent, sondern 3,4 Prozent.

Bei Fonds lässt sich ein Teil der Kosten einfach sparen. Der Ausgabeaufschlag - bei Rentenfonds oft drei Prozent, bei Aktien- und offenen Immobilienfonds fünf Prozent - ist verhandelbar. Der Wettbewerb der Banken mit den Direktbanken hat dazu geführt, dass die meisten Häuser einen Rabatt von 25 oder 50 Prozent geben. Viele Onlinebroker wie Comdirect Bank, Cortal Consors und ING-Diba bieten ausgewählte Produkte ganz ohne Agio an. Bei Onlinevermittlern wie AAV und fondsvermittlung24.de gibt es sogar fast alle Investmentfonds ohne Kaufgebühren.

Auch der Weg über die Börse bietet sich an, wenn Anleger einen Investmentfonds günstig kaufen wollen. In dem Fall entfällt der Ausgabeaufschlag - dafür fallen im Gegenzug Spesen und Maklercourtage an. Je nach Bank sind das meistens 0,5 Prozent bei Onlinebrokern und ein Prozent bei Filialbanken.



Eine Alternative sind günstige ETFs-Indexfonds

Die Banken müssen ihre Kunden aber nicht darauf hinweisen, dass man Fonds über eine Börse erwerben kann. In dem Fall wurde eine Ausnahme von der Best-Execution-Regel der Wertpapierdienstleistungs-Richtlinie Mifid gemacht, die besagt, dass Aufträge zu den günstigsten Bedingungen auszuführen sind. "Vermögensvernichtung per Gesetz", kritisiert Karl Schmidt, Chef der Berliner Quirin Bank, diese Regel.

Schwieriger ist es, bei den laufenden Kosten zu sparen. Abgedeckt werden damit Fondsmanagement, Abwicklung und Rechenschaftsberichte. Ein Teil der laufenden Gebühren fließt aber auch als Rückvergütung - Kickback genannt - an die Bank oder den Berater. Davon

sieht der Kunde nichts. Eine Alternative sind günstige Indexfonds, die in der Fachwelt Exchange Traded Funds (ETFs) heißen.

Das Sparpotenzial ist erheblich. Würde von rund 180 Milliarden Euro, die in Deutschland in Aktienfonds investiert sind, die Hälfte in günstige Indexfonds umgeschichtet, ließen sich laufende Kosten in Höhe von 900 Millionen Euro pro Jahr einsparen. Unterstellt ist dabei eine Gebührenbelastung von 0,5 Prozent bei ETFs und eine Kostenquote von 1,5 Prozent bei aktiven Fonds.

Angesichts der hohen Kosten der Geldanlage hält es Branchenkenner Schmitz für notwendig, besonders die Transparenz der verschiedenen Anlageprodukte zu erhöhen, um Vergleiche zwischen Investmentfonds, Zertifikaten und anderen Anlagen zu ermöglichen. Dem stimmt Quirin-Chef Schmidt zu, der für mehr Offenheit kämpft: "Nur ein transparentes Vergütungssystem, das Schluss macht mit versteckten Gebühren und Provisionen, lässt die Bankkunden in den vollen Genuss der erwirtschafteten Gewinne kommen."

